

Wie reagiert die Politik auf die Betreuungslücke in der Schweiz?

In der Schweiz fehlen pro Jahr rund 20 Millionen Betreuungsstunden. Wie reagiert die Politik darauf? Eine kurze Übersicht.

Text: **Miriam Wetter**, Beauftragte für die Stabstelle «Betreuung im Alter» der Paul Schiller Stiftung



620 000 Menschen über 65 Jahre erhalten keine Betreuung, obwohl sie eine bräuchten. Wie gross die Betreuungslücke ist, zeigt eine Studie im Auftrag der Paul Schiller Stiftung.

Mehr wissen:

Auf gutaaltern.ch informiert die Paul Schiller Stiftung zum Thema Betreuung im Alter. Sie dokumentiert politische Aktualitäten, aktuelle Studien und Praxisbeispiele. Hier kann auch der Kurzbericht zur Studie zur Versorgungslücke bestellt werden: «Gute Betreuung im Alter – Kosten und Finanzierung für eine gute Betreuung im Alter in der Schweiz.»



Die Praxis und Forschung zeigen: Neben der Haushaltshilfe, die Arbeiten abnimmt, und der medizinischen Pflegeversorgung ermöglicht auch die psychosoziale Betreuung einen selbstbestimmten Alltag und die soziale Teilhabe älterer Menschen. Dies unterstreicht eine aktuelle Studie des Bundesamtes für Sozialversicherungen.

Mehr wissen:

Bundesamt für Sozialversicherungen (2023). *Betreuung im Alter. Bedarf, Angebote und integrative Betreuungsmodelle.* Forschungsbericht. Beiträge zur Sozialen Sicherheit.



Auch die Politik hat das Potenzial der psychosozialen Betreuung erkannt. So führt der Kanton Zürich 2025 die Finanzierung von Betreuungsleistungen über die Ergänzungsleistungen (EL) ein.

Mehr wissen:

Medienmitteilung des Regierungsrates mit Link zur entsprechenden Verordnung: Mehr Selbstbestimmung für ältere Menschen in besonderen finanziellen Verhältnissen (Kanton Zürich, zh.ch)



Mitte September hat der Bundesrat die Botschaft zur Vorlage «Ergänzungsleistungen für betreutes Wohnen» vorgelegt. Falls es gelingt, im Rahmen der parlamentarischen Debatte die Leistungsdefinition psychosozial auszurichten, ist die Vorlage ein wichtiger Schritt, um die Betreuungslücke zu schliessen – zumindest für EL-Beziehende.

Mehr wissen:



Anfang 2024 hat der Ständerat die Motion für ein nationales Impulsprogramm zur Prävention von Gewalt im Alter mit dem Schwerpunkt Betreuung überwiesen. Zudem hat der Nationalrat den Bundesrat beauftragt, eine Weiterentwicklung der Hilfflosenentschädigung zu einer Betreuungsentschädigung zu skizzieren. Es ist also eine Dynamik im eidgenössischen Parlament spürbar, konkrete Entscheidungen stehen aber noch aus. Der Dialog zwischen Fachleuten und Politik bleibt wichtig, um die Betreuungslücke zu schliessen.